

Das EWG wird hohe Kosten für den ländlichen Raum bringen

Technologieverbote gefährden die Sozialverträglichkeit der Wärmewende - Verband fordert längeren Einsatz von (erneuerbarem) Flüssiggas in der Raumwärme

Wien (OTS) - Das am 02. November von der Regierung im Ministerrat beschlossene Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) wird massive Belastungen für den ländlichen Raum bringen, warnt Gerhard Ölsinger, Vorstandsvorsitzender des Österreichischen Verbands für Flüssiggas (ÖVFG). „Die Bundesregierung hat die Vorschläge aus den Ländern und der Wirtschaft nicht beachtet, die sich um die Leistbarkeit der österreichischen Energiewende sorgen. Sollte das Gesetz nun im Schnellverfahren beschlossen werden, wäre das ein folgenreicher Fehler!“. Das gilt auch für die Behandlung von Flüssiggas im EWG. „Es stellt eine völlig unverständliche Diskriminierung von Flüssiggas gegenüber Erdgas dar, wenn Flüssiggasheizgeräte bereits ab Jänner 2023 nicht mehr erneuert werden dürfen, zwischen 2025 und bis 2035 vollständig stillgelegt werden müssen und kein Weiterbetrieb mit erneuerbarem Flüssiggas erlaubt ist, während es für Erdgasheizungen keinen Phase-Out-Plan gibt und diese auch nach 2040 mit erneuerbarem Gas weiterbetrieben werden können“, kritisiert Ölsinger, „insbesondere, da für Flüssiggas (LPG) und für Erdgas die gleichen Heizgeräte verwendet werden und beide Brennstoffe vergleichbare Emissionen haben!“

Flüssiggas sichert die Sozialverträglichkeit der Wärmewende im ländlichen Raum

Dabei ist ein längerer Einsatz von Flüssiggas in der Raumwärme im Interesse der Österreicherinnen und Österreicher im ländlichen Raum, so der ÖVFG. „Während der vom Ministerium vorgesehene Ausstiegspfad aus fossilem Gas und Öl massive Belastungen für Haushalte und Kleingewerbebetriebe bringen wird, würde der Einsatz von Flüssiggas die Sozialverträglichkeit der Wärmewende im ländlichen Raum sichern. Flüssiggas versorgt Einfamilienhäuser, aber auch Almwirtschaften oder Bäckereien dort mit sauberer, kostengünstiger Energie, wo leitungsgebundene Energieträger nicht verfügbar sind. Außerdem können die bestehende Flüssiggas-Infrastruktur der Versorger und die gleichen Heizgeräte bei den Verbrauchern ohne Umstellungskosten mit erneuerbarem Flüssiggas weiterverwendet werden, was Flüssiggasanlagen zur günstigsten und effizientesten Art macht, auf einen erneuerbaren Energieträger umzusteigen. Hingegen ist die Elektrifizierung der Wärmeversorgung mit hohen Kosten verbunden. In Zeiten von wirtschaftlicher Unsicherheit, Krieg und hoher Inflation braucht es aber einen Energieträger, der den Geldbeutel von Familien und Unternehmen schont!“, betont Ölsinger.

Flüssiggas bietet schon jetzt Unabhängigkeit von Russland und wird erneuerbar

„Es ist richtig und wichtig, dass mit dem EWG auf erneuerbare Energie gesetzt wird und auch in der Wärmeversorgung Unabhängigkeit von Russland geschaffen werden soll“, stellt Ölsinger fest. „Aber Flüssiggas bietet bereits jetzt diese Unabhängigkeit! In Österreich wird es schon jetzt aus lokalen Raffinerien bezogen und über Nordsee- und Mittelmeerterminals importiert. Flüssiggas stärkt damit die Resilienz und Unabhängigkeit der österreichischen Wärmeversorgung“. Und auch Bio-Flüssiggas ist jetzt schon in vielen Ländern erhältlich: „Immer mehr Bioraffinerien werden eröffnet, und die europäische Flüssiggasindustrie investiert gerade massiv in die Produktion von erneuerbarem Flüssiggas!“, erklärt Ölsinger.

Alle Menschen auf dem Weg zur Klimaneutralität mitnehmen

„Um die österreichischen Klimaziele zu erreichen wird es entscheidend sein, die Wärmewende sozialverträglich zu gestalten. Dafür brauchen wir Rahmenbedingungen, die eine resiliente, nachhaltige und leistbare Wärmeversorgung für Verbraucher und Unternehmen langfristig sichern – ohne Technologieverbote. Flüssiggasanlagen müssen als Teil der Energiewende im Erneuerbare-Wärme-Gesetz einen Platz haben. Ein Erneuerungsverbot ab 2023 und ein Stilllegungsgebot für Flüssiggasanlagen, das bereits ab 2025 greift, und einen kompletten Phase-Out bis 2035 vorsieht, ist gemessen an dem, was Flüssiggas für eine sozialverträgliche und in Zukunft auch erneuerbare

Wärmeversorgung in Österreich leisten kann, völlig falsch.“, so Ölsinger abschließend. „Wir fordern deshalb alle politischen Entscheidungsträger auf, sich in den kommenden Verhandlungen für eine sozial verträgliche, kostengünstige Energiewende einzusetzen, die die Interessen des ländlichen Raums nicht außer Acht lässt!“

Der Verband

Der Österreichische Verband für Flüssiggas (ÖVFG) vertritt die Interessen der österreichischen Flüssiggaswirtschaft. Gemeinsam mit seinen Mitgliedern, den führenden Unternehmen dieser Branche, leistet er einen wesentlichen Beitrag zur Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung und für eine saubere Umwelt.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Verband für Flüssiggas
Mag. Ulrike Andres, Geschäftsführerin
Tel.: +43 664 2468233
E-Mail: office@fluessiggas.eu